



03
2025

ROTER PUNKT.

Zeitung des SPD-Ortsvereins Vahrenwald-List

In dieser Ausgabe u.a.

- Frieden im Nahen Osten: Gewerkschaftliche Perspektiven
- Streitpunkt 8-Stunden Tag
- Eva Bender: Kandidatin für das Amt der Regionspräsidentin
- Axel von Ohe: Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters
- Jahreshauptversammlung

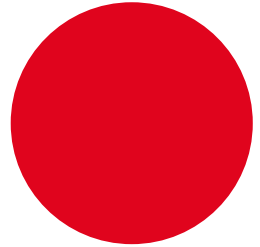
SPD Soziale
Politik für
Dich.

INHALT DIESER AUSGABE:

- 03** > Vorwort
- 04** > Gewerkschaftliche
Perspektiven für Frieden
im Nahen Osten
- 06** > Streitpunkt
8-Stunden-Tag
- 07** > Eva Bender
- 08** > Axel von der Ohe
- 09** > Die Fusion im
Mittelpunkt
- 10** > Aktuelles von Adis
- 12** > Neues aus dem Rat
- 13** > Bericht aus der Region
- 15** > Neues aus dem Bezirksrat
- 16** > Jubilarehrung
- 18** > Debattierclub
- 19** > Jahreshauptversammlung
- 20** > Infos, Termine
und Impressum



Der Punkt am Anfang



Liebe Genoss*innen,

ein turbulentes Jahr 2025 liegt hinter uns. Wir sind mit einem intensiven und **fokussierten** Bundestagswahlkampf gestartet. In Vahrenwald-List lagen wir sowohl bei der Erst- als auch bei der Zweitstimme vorn. Es folgten Debatten um den Koalitionsvertrag und ein Mitgliederentscheid. In einer der größten Wirtschaftskrisen der Bundesrepublik hat sich die Mehrheit der SPD-Mitglieder dafür entschieden, Verantwortung zu übernehmen und in eine Koalition mit der CDU einzutreten.

Wir haben keine Zeit verloren und Axel von der Ohe als Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters nominiert. Kurz darauf hat Steffen Krach bekannt gegeben, dass er die Kandidatur für das Amt als Regierender Bürgermeister in Berlin antreten möchte und damit **für das Amt des Regionspräsidenten** nicht mehr zur Verfügung steht. Schnell konnte mit Eva Bender eine hervorragende Kandidatin gefunden werden, die auch in unserem Ortsverein beheimatet ist.

Rasant ging es mit einer **sehr gelungenen** Jubilarehrung weiter, bei der viele langjährige Genossen und Genossinnen, wie Herbert Schmalstieg und Eva Bender, geehrt worden sind. Abgerundet haben wir das Jahr mit der Wahl eines neuen Vorstands, der sich auf zwei Jahre Wahlkampf freut.

Wir sind stolz auf unseren Ortsverein, die vielen Aktiven und das Erreichte und wünschen euch nun viel Spaß beim Lesen.

Solidarische Grüße

Ute + René

„Our slogan was always: we want to live.“

>>> Gewerkschaftliche Perspektiven für Frieden im Nahen Osten <<<

Am 25. September 2025 kamen in der IGBCE-Hauptverwaltung Gewerkschafter:innen, Menschen aus den jüdischen Gemeinden Hannovers sowie Stimmen aus Israel und Palästina zusammen, um über die Frage zu diskutieren, wie Gewerkschaften im Nahen Osten zu Frieden und Verständigung beitragen können. Auch Genoss:innen unseres Ortsvereins Vahrenwald-List waren bei dieser Veranstaltung präsent. Der Hintergrund hätte ernster kaum sein können: Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023, den brutalen Geiselnahmen und den anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen ist die Region in einer tiefen Krise. Gleichzeitig spüren auch Menschen hierzulande, insbesondere Jüdinnen und Juden, die wachsenden Spannungen unmittelbar.

Nach der Begrüßung durch Nils Hindersmann, Abteilungsleiter Politik und Internationales der IGBCE, und einem Video-Grußwort von Kerstin Griese, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, gaben die eingeladenen Gäste in einer Paneldiskussion eindruckliche Einblicke. Ori Strassberg, seit vielen Jahren in der deutsch-israelischen Gewerkschaftskooperation tätig, beschrieb die traumatische Dimension der Anschläge und die Verzweiflung über die immer noch festgehaltenen Geiseln. Doch sein Blick ging darüber hinaus: „Nicht die Zwei-Staaten-Lösung, sondern vor allem der Wiederaufbau der Menschenwürde im Gaza-Streifen sollte in unserem Fokus liegen.“ Damit lenkte er die Aufmerksamkeit auf die zivilgesellschaftliche Dimension, jenseits aller geopolitischen Schlagworte. Hamza Howidy, Schriftsteller und Friedensaktivist aus Gaza, ergänzte diese Perspektive aus Sicht der palästinensischen

Bevölkerung. Er schilderte die Not, aber auch den tiefen Wunsch nach einem normalen Leben. „Our slogan was always: we want to live,“ fasste er zusammen – eine Erinnerung daran, dass abseits von Politik und Militärstrategien Menschen stehen, die einfach überleben wollen. Rebecca Seidler, Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Niedersachsen, brachte die Situation der Jüdinnen und Juden in Deutschland zur Sprache. Der 7. Oktober habe nicht nur im Nahen Osten, sondern auch hier ein neues Klima geschaffen: „Die jüdische Community ist so bedroht, wie seit der Shoa nicht mehr,“ betonte sie und machte deutlich, dass Solidarität und Schutz jüdischen Lebens auch in Deutschland untrennbar mit den Fragen nach Frieden im Nahen Osten verbunden sind. Lars Barlsen, Vorsitzender der GdP Bezirksgruppe Hannover, unterstrich in dem Zusammenhang: „Es braucht ganz klar auch personelle Ressourcen, um Aufklärungsarbeit und Sicherheit durch die Polizei gewährleisten zu können.“ Die Debatte verdeutlichte auch, wie schwierig es ist, Antworten zu finden – und dass die gesellschaftlichen und politischen Dimensionen eng miteinander verwoben sind. Doch gerade deshalb sind Gewerkschaften gefragt: Sie können Räume für Austausch schaffen, internationale Netzwerke stärken und zugleich deutlich Haltung zeigen gegen Antisemitismus, Rassismus und Terror. Vor diesem Hintergrund erinnerte Ute Neumann, Gewerkschaftssekretärin im IGBCE Bezirk Hannover: „Die DGB Jugend steht seit nunmehr über 60 Jahren im engen Austausch mit dem israelischen Gewerkschaftsdachverband Histadrut“. Neben unserer Ortsvereinsvorsitzenden auf dem Panel, war unser Ortsverein Vahrenwald-List quasi noch in weiterer

„Personalunion“ gut vertreten: Unser Bezirksratsherr Hans-Jürgen Meißner saß im Publikum, Emily Winter, stellv. Vorsitzende der DIG Hannover, hat die Runde moderiert und für den organisatorischen Rahmen hat Keven Knipping gesorgt.

Zum Abschluss der Veranstaltung wandte sich Peter Lerner, Leiter der Abteilung Internationales der Histadrut, in einer Videobotschaft an die Teilnehmenden. Er unterstrich, dass Demokratie Dialog braucht: „Die Histadrut hat mit ihrem Generalstreik, der Einrichtung von Notunterkünften in

Gewerkschaftsgebäuden und dem Kampf für die Rechte aller Arbeiter*innen, egal ob israelisch oder palästinensisch, sehr deutlich gezeigt, wie gewerkschaftliches Engagement wirkt.“ Die Veranstaltung veranschaulichte, dass Frieden im Nahen Osten zwar in weiter Ferne scheint, doch dass die Stimme der Gewerkschaften einen unverzichtbaren Beitrag leisten kann: indem sie den Blick immer wieder auf das Prinzip Solidarität lenkt. Diese Maxime eint auch Gewerkschaften und Sozialdemokratie – hierzulande und in aller Welt.

Ute Neumann und René Reith-Schäfer



Streitpunkt 8-Stunden-Tag

>>> Ein Plädoyer für den Erhalt eines arbeitsrechtlichen Meilensteins <<<

In der Stadt Hannover gibt es etwa 400.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die Hälfte davon arbeitet in tarifgebunden Unternehmen wie Volkswagen Nutzfahrzeuge, Continental, Bahlsen oder der öffentlichen Verwaltung. Die andere Hälfte arbeitet ohne Tarifvertrag und ist auf den gesetzlichen Mindestschutz wie dem 8-Stunden-Tag angewiesen. In einer Zeit fortschreitender Digitalisierung, flexibler Arbeitsmodelle und permanenter Erreichbarkeit steht der 8-Stunden-Tag aber zunehmend zur Debatte. Während manche Stimmen eine Aufweichung oder gar Abschaffung fordern, sprechen 5 Gründe für eine geregelte tägliche Höchstarbeitszeit auch im 21. Jahrhundert.

1. Keine Notwendigkeit das Arbeitszeitgesetz zu ändern

Das Arbeitszeitgesetz ist schon flexibel ausgestaltet. Die tägliche Arbeitszeit lässt sich in einem gewissen Rahmen auf bis zu 10 Stunden verlängern. Das Gesetz lässt zu, dass man vier Tage lang 10 Stunden arbeitet und den fünften Tag frei hat. Gewerkschaften haben zudem Arbeitszeitkonten in ihren Tarifverträgen geregelt. Damit lässt sich Zeit sammeln, die zu einem anderen Zeitpunkt genommen werden kann. Es besteht also keine Notwendigkeit, das Gesetz zu ändern. Mehr Flexibilität scheitert nicht am Gesetz, sondern am Arbeitgeber!

2. Familie und Engagement

Im 19. Jahrhundert waren 12- bis 16-Stunden-Tage die Regel, was zu gesundheitlichen Problemen und sozialer Verelendung führte. Der Kampf um den 8-Stunden-Tag war ein Kampf um Würde, Freizeit und Teilhabe. Am 15.11.1918 schlossen Gewerkschaften und Arbeitgeber das Stinnes-Legien-Abkommen, das den 8-Stunden-Tag einführte und die Sozialpartnerschaft begründete und stärkte.

Die Regelung schuf Raum für Familie, Erholung, Bildung und bürgerschaftliches Engagement. Familie und bürgerschaftliches Engagement gehört aktuell gestärkt statt verhindert.

3. Gesundheit

Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, wie sehr zu langes Arbeiten der psychischen und physischen Gesundheit schadet. Überstunden, Dauerstress und Schlafmangel führen zu Burnout, Depressionen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und anderen gesundheitlichen Problemen. Der 8-Stunden-Tag ermöglicht es, Arbeit in einem gesunden Rahmen zu verrichten. Gesundheitliche Langzeitschäden durch Überarbeitung sind nicht nur individuelles Leid, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Belastung für das Gesundheitssystem und die Wirtschaft.

4. Produktivität und Kreativität

Entgegen gängiger Annahmen steigert eine längere Arbeitszeit nicht zwangsläufig die Produktivität. Im Gegenteil: Studien zeigen, dass die Leistung nach acht Stunden sinkt, Fehler und Unfälle zunehmen und die Innovationskraft leidet. Ausgeruhte und gesunde Beschäftigte sind kreativer und leistungsfähiger. Der 8-Stunden-Tag ist also nicht nur ein Schutzinstrument, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor.

5. Grenzen der Flexibilität

Flexible Arbeitsmodelle und Homeoffice sind sinnvolle und moderne Ergänzungen zur klassischen Präsenzkultur. Doch Flexibilität darf nicht zur Entgrenzung der Arbeit führen. Wo die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmt, steigt die Belastung. Ohne den gesetzlichen Rahmen des 8-Stunden-Tags droht eine schleichende Verlängerung der Arbeitszeit.

Eva Bender

>>> Unsere Kandidatin für das Amt der Regionspräsidentin <<<

Liebe Genossinnen und Genossen,
lieber Leserinnen und Leser,

mein Name ist Eva Bender. Ich kandidiere für das Amt der Regionspräsidentin, weil ich fest daran glaube, dass die Region Hannover große Chancen hat – und dass es eine klare, verlässliche und sozial engagierte Führung braucht, um diese Chancen zu nutzen. Mit meiner langjährigen Erfahrung in Verwaltung, Politik und gesellschaftlichem Engagement verbinde ich fachliche Kompetenz mit einer Haltung, die den Menschen in unserer Region Hannover in den Mittelpunkt stellt.

Ich setze mich dafür ein, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort – die gleichen Chancen erhalten. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, eine moderne und bürgernahe Verwaltung sowie ein starkes soziales Netz. Besonders am Herzen liegt mir, dass Familien, Seniorinnen und Senioren auf verlässliche Strukturen bauen können.

Ein zentraler Schwerpunkt meiner Politik ist die Mobilität der Zukunft. Für mich ist klar: Die Verkehrswende gelingt nur, wenn sie für die Menschen alltagstauglich ist. Deshalb setze ich auf kurze Wege, dichte Taktungen, attraktive Bus- und Bahnangebote sowie sichere Rad- und Fußwege. Mein Ziel ist eine Region, in der Mobilität klimafreundlich, bezahlbar und für alle zugänglich ist – in der Stadt ebenso wie auf dem Land.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind für mich keine abstrakten Ziele, sondern konkrete Aufgaben. Ich möchte Projekte fördern, die ökologische Verantwortung mit



wirtschaftlicher Vernunft verbinden: den Ausbau erneuerbarer Energien, regionale Wertschöpfung und die Unterstützung lokaler Unternehmen bei der Transformation. Unsere Region soll Vorreiterin im verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen sein.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Daseinsvorsorge. Krankenhäuser, Schulen, Rettungsdienste, Katastrophenschutz, Abfallwirtschaft – all diese Aufgaben verdienen volle politische Aufmerksamkeit. Ich stehe für eine Region, die ihre Verantwortung ernst nimmt, gute Arbeitsbedingungen schafft und ihre Strukturen verlässlich organisiert.

Ich möchte die Region Hannover gemeinsam mit Ihnen gestalten: Mit Mut, Tatkraft und klarer Haltung möchte ich die Zukunft unserer Region aktiv voranbringen.

Ich bitte um Ihr Vertrauen – für eine Region Hannover, die zusammenhält und kraftvoll nach vorne blickt.

Axel von der Ohe

>>> Unser Kandidat für Hannover – Einer für alle! <<<

Am 20. September 2025 wurde Axel von der Ohe in der Mensa der IGS Mühlenberg offiziell als Oberbürgermeisterkandidat der SPD aufgestellt. Ein volles Haus, Delegierte aus unserem Ortsverein Vahrenwald-List und aus der ganzen Stadt, aber auch interessierte Menschen der Stadtgesellschaft waren gekommen, um diesen wichtigen Moment mitzuerleben. Die Wahl zeigte eindrucksvoll: Axel wird von uns getragen und das mit breiter Zustimmung.

In seiner Rede machte Axel deutlich, warum er diesen Schritt geht. Hannover ist für ihn mehr als eine Adresse – es ist seine Heimat. Hier wachsen seine Kinder auf, hier arbeitet und lebt er, hier übernimmt er Verantwortung. Er sprach ehrlich über seine Erfahrungen als Kämmerer, Ordnungsdezernent und Erster Stadtrat, über die Herausforderungen der vergangenen Jahre und über die Lehren daraus. Gleichzeitig machte er klar: Als Oberbürgermeister will er den nächsten Schritt gehen, um Hannover aktiv zu gestalten, neue Prioritäten zu setzen und für alle Menschen in der Stadt da zu sein.

Dabei betonte Axel zentrale Punkte, die uns als SPD besonders am Herzen liegen: eine verlässliche Verwaltung, funktionierende Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, sichere Straßen und Stadtteile, in denen man sich wohlfühlt. Er stellte heraus, dass er alle Stadtteile im Blick haben will – nicht, um sie gleichzumachen, sondern um gleiche Chancen und gute Lebensbedingungen für alle sicherzustellen. Ob List, Linden-Süd oder Vinnhorst, kein Stadtteil soll übersehen werden, keine Stimme ungehört bleiben.



Axel machte deutlich, dass ihm Pragmatismus und konkrete Ergebnisse wichtiger sind als theoretische Debatten. Von der Sanierung der IGS Linden bis zu neuen Bauprojekten, von der Kinderbetreuung bis zur Verkehrsinfrastruktur: er will handeln, anpacken und spürbare Verbesserungen schaffen. Dabei ist ihm wichtig, dass die Stadtgesellschaft zusammenhält und niemand zurückgelassen wird. Für uns als SPD zeigt das: Axel verkörpert die Werte, für die wir stehen: Zusammenhalt, Gerechtigkeit, Einsatz für die Menschen vor Ort.

Nach der offiziellen Wahl folgte ein lockerer Ausklang im Außenbereich. Es gab Gegrilltes, Salate und Getränke. Viele nutzten die Gelegenheit, um miteinander ins Gespräch zu kommen, über seine Rede zu diskutieren oder erste Ideen für den Wahlkampf auszutauschen.

Für uns im Ortsverein Vahrenwald-List war es ein klarer Auftakt: Wir starten geschlossen und motiviert in den Wahlkampf. Mit Axel haben wir einen Kandidaten, der Hannover und die Verwaltung kennt, die Menschen ernst nimmt und bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen. Gemeinsam werden wir daran arbeiten, unsere Stadt lebenswerter zu machen. In allen Stadtteilen, für alle Menschen.

>>> Die Fusion im Mittelpunkt <<<

Mit 19 Genossinnen und Genossen sind wir in die Arbeit des neuen Ortsvereins Vahrenwald-List, der **aus den ehemaligen Ortsvereinen** Vahrenwald-List und List-Nord besteht, gestartet. Das Zusammenführen beider Ortsvereine stand sowohl bei den Vorstandswahlen als auch bei allen weiteren Aktivitäten im Vordergrund.

Direkt nach den Vorstandswahlen im Februar 2024 konnten wir im Europawahlkampf unter Beweis stellen, dass wir gemeinsam im gesamten Ortsvereinsgebiet aktiv sind. Neben den **klassischen Infoständen** gab es auch Themeninfostände, an denen wir mit vielen ins Gespräch gekommen sind.

Bernd Lange sitzt wieder im Europaparlament und ist Sprecher für Handelspolitik. Die Sommerpause und der Herbst 2024 waren geprägt vom Streit in der Ampelkoalition. Und während wir unsere Jubilarehrung vorbereiteten, zerbrach die Koalition auf Bundesebene und wir starteten die Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Genauso **turbulent** ging es 2025 weiter, wie ihr lesen konntet. Insgesamt zeigen auch die Zahlen, dass es uns gelungen ist, die Ortsvereine zu einem großen, starken Ortsverein zusammenzuführen.

- 19 Vorstandsmitglieder
- 2 für uns erfolgreiche Wahlkämpfe mit
- 1.500 besuchten Haustüren und
- 30 Infoständen und
- 25 Frühverteilungen und
- 50 Aktiven
- 1 neuer TikTok-Kanal
- Kontaktlounge als neues Format nach außen
- Debattierclub als neues Format nach innen
- Roter Punkt als neuer Name für das Mitglieder magazin
- Rotkehlen als neuer Name für den Chor
- Gründung einer SPD-Frauengruppe
- Gründung einer Ü60-Gruppe
- Diverse Anträge auf Parteitag, u. a. zum 8-Stunden-Tag
- Diverse Klausuren, Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen
- u. v. m.

Wir blicken mit Stolz auf unsere Vorstandsarbeit zurück und danken dem gesamten Vorstand sowie allen, die uns unterstützt haben. Zugleich freuen wir uns auf die kommenden zwei Jahre mit dem neuen Vorstand und intensiven Wahlkampfzeiten. Lasst uns gemeinsam diskutieren, um gute Lösungen streiten und für eine starke SPD in Vahrenwald-List kämpfen!

Ute Neumann und René Reith-Schäfer



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

wenn ich in diesen Wochen durch Hannover gehe, mit Menschen auf Weihnachtsmärkten spreche, mit Jugendlichen in Schulen diskutiere oder in einem Café spontanen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern habe, dann begegnen mir immer wieder dieselben Fragen: Wie sicher ist unsere Zukunft? Haben wir als Gesellschaft genug Kraft, die Herausforderungen zusammen zu meistern? Welche Verantwortung trägt Deutschland in der Welt – und welche Verantwortung trägt jede und jeder Einzelne von uns zuhause? 2025 war ein Jahr, das uns alle gefordert hat – außenpolitisch, gesellschaftlich, aber auch sehr persönlich. Und doch spüre ich zugleich eine große Stärke in unserer Demokratie: Wir stellen uns den Heraus-

forderungen, wir suchen Lösungen, wir ringen miteinander – und wir tun das auf Grundlage gemeinsamer Werte.

Diese Werte sind besonders wichtig in einer Zeit, in der wir den vierten Kriegswinter seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erleben. In habe offen angesprochen, dass wir nicht wissen, wie lange dieser Krieg noch andauern wird, wohl aber, dass er Europa sicherheits-, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch betrifft. Der sogenannte 28-Punkte-Plan aus den USA und Russland hat uns zudem vor Augen geführt, wie schnell Europa übergangen werden kann, wenn andere Mächte ihre Interessen durchsetzen wollen. Dass dieses Papier in seiner ursprünglichen Form unannehmbar war, war offensichtlich – umso wichtiger war die geschlossene und erfolgreiche Reaktion

Europas. Durch das entschlossene Handeln des Bundeskanzlers sowie Frankreichs und Großbritanniens konnten zentrale Schwachstellen korrigiert, herausgenommen und vitale europäische Interessen wieder berücksichtigt werden. Damit wurde bestätigt: Europa ist nicht Objekt, sondern Akteur internationaler Politik.

Dies gilt auch für die Frage eines gerechten Friedens. Ein solcher Frieden darf weder gegen die Ukraine verhandelt werden noch bedingungslose territoriale Zugeständnisse erzwingen. Ein Krieg auf europäischem Boden wird nicht ohne die Ukraine – und nicht ohne Europa – verhandelt. Kein Land, kein Mensch auf unserer Welt darf den Anspruch formulieren und das Recht für sich reklamieren, alleine über Richtig und Falsch zu entscheiden.

Genauso eng mit Sicherheit und Vertrauen verbunden ist die Frage der Rente. Viele Menschen fragen sich, ob sie sich auf die Rente verlassen können. Ja, das können sie – weil wir das Rentenniveau bis 2031 bei 48 Prozent stabilisieren. Dieser Beschluss im Koalitionsvertrag schützt Lebensleistung und schafft Planungssicherheit. Alle gegenteiligen Behauptungen – etwa, die Rentenausgaben explodierten – sind durch Fakten widerlegt. Der Anteil der Rentenausgaben am BIP ist sogar gesunken, der Beitragssatz bleibt stabil und die gesetzliche Rente bietet Sicherheitsleistungen, die kapitalgedeckte Modelle nicht ersetzen können. Und dennoch will ich nicht ausblenden, dass es auch berechtigte Sorgen der jungen Generation gibt, die sich über ihre Altersversorgung Gedanken machen. Deshalb wird es eine Renten-Kommission geben, die sich dieser Frage mit dem Resultat einer vollumfassenden

Reform befassen wird.

Schließlich hat auch die Debatte um Wehrpflicht und Gesellschaftsjahr viele junge Menschen bewegt. Ein Losverfahren mag auf den ersten Blick gerecht wirken, doch Solidarität lässt sich nicht verlosen. Eine starke Armee entsteht durch Überzeugung, nicht durch Zwang. Deshalb ist für mich klar, dass eine mögliche Reaktivierung der Wehrpflicht nur durch einen parlamentarischen Beschluss erfolgen darf. Und vor jeder Entscheidung müssen die Stimmen der jungen Generation verbindlich einbezogen werden.

All diese Themen zeigen: Unsere Stärke liegt im Vertrauen – in unseren Staat, unsere Demokratie und in unsere gemeinsame Verantwortung. Lassen wir uns davon leiten.

Die eingangs erwähnten, zahlreichen Gespräche auf den Wochenmärkten, in Vereinen, Schulen und Betrieben zeigen mir, wie viel Engagement, Solidarität und Zuversicht hier bei uns in Hannover lebt. Jede Rückmeldung, jede Kritik und jedes Gespräch helfen mir dabei, meine Arbeit in Berlin geerdet und nah an den Menschen zu gestalten. Für diese Offenheit und Verbundenheit möchte ich mich herzlich bedanken.

Ich wünsche Euch und Euren Familien ein friedliches Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und einen guten Start in ein gesundes und hoffentlich friedlicheres Jahr 2026.

Herzliche Grüße
Adis Ahmetović, MdB

Neues aus dem Rat

Neue Fahrzeuge für die Feuerwehr

Ende Oktober 2025 durften wir, die Mitglieder des Finanzausschusses, bei der feierlichen Übergabe von 12 MTWs (Mannschaftstransportwagen) für die die freiwillige Feuerwehr dabei sein.

Diese Fahrzeuge sollen das Ehrenamt hauptsächlich der Kinder- und Jugendfeuerwehr stärken und dienen als Ersatz für die bisher veralteten 16 – 19jährigen MTWs. Des Weiteren bringen sie die Kameradinnen und Kameraden der freiwilligen Feuerwehr zu den Einsatzorten der Berufsfeuerwehr, wo sie dringend zur Unterstützung benötigt werden.

Außerdem wurde ein Höhen- und Tiefenrettungsfahrzeug übergeben. Dieses Fahrzeug soll eingesetzt werden, um Menschen aus großer Höhe wie z. B. Bauarbeiter aus Kränen oder auch Kranke, Verletzte und übergewichtige Personen aus Häusern in den oberen Etagen zu evakuieren.

Die Mitglieder des Finanzausschusses haben dieses Projekt gern mit 2 Millionen finanziert.

Im letzten Finanzausschuss wurde uns Mitgliedern eine traurige Studie, die den Inhalt „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes“ hatte, vorgestellt. Auftraggeber dieser Studie war unser Dezernent Axel von der Ohe. Die ersten Ergebnisse der Studie sa-



gen aus, dass 60% der Einsatzkräfte in den letzten 5 Jahren Opfer von Gewalt, Angriffen und Beleidigungen wurden.

Das waren unter anderem:

- Spucken
- Kratzen
- Beißen
- Angriffe mit Waffen
- Überfälle mit Raketen und Böllern

Die meisten gestellten Anzeigen blieben leider ohne Erfolg oder es war Aussage gegen Aussage.

Dieses Thema werden wir verstärkt unserer Aufmerksamkeit widmen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Kameradinnen und Kameraden, egal ob von der Berufsfeuerwehr- oder Freiwilligen Feuerwehr, die unser Leben sowie unser Hab und Gut retten und verteidigen, im Stich zu lassen.

Bruno Gill | Ratsherr aus Vahrenwald



Bericht aus der Region

Schwerpunkte setzen trotz leerer Kasse

Die finanzielle Lage der Region Hannover ist ausgesprochen schlecht. Wie bei nahezu allen anderen Kommunen übersteigen die Kosten für die uns zugewiesenen Aufgaben unsere Einnahmen bei weitem. Verschärft wird die Lage durch eine Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs des Landes, welches die Landkreise – und als ein solcher wird die Region behandelt – zugunsten der Städte und Gemeinden belastet. Dies kann nicht ausgeglichen werden durch den Pakt für Kommunalinvestitionen des Landes im Jahr 2025 und die Mrd. des auf zehn Jahre gestreckten Investitionsprogramms des Bundes, weil davon letztlich nur ca. 42 Mio. Euro bei der Region an sich ankommen. Alleine im Bereich Regionsschulen – die Region ist Trägerin der Berufs- und Förderschulen – beträgt der Investitionsstau rund 900 Millionen Euro.

Für 2026 plant die Region Ausgaben in Höhe von ca. 3,1 Milliarden Euro, das Defizit beträgt rund 175 Mio. Wegen dieser prekären Finanzlage muss die Region erneut ein Haushaltssanierungskonzept (HSK) aufstellen, umfangreiche Einsparungen vornehmen und sich alles von der Finanzaufsicht des Landes genehmigen lassen.

Als SPD-Regionsfraktion versuchen wir trotz dieser Lage sozialdemokratische Schwerpunkt zu setzen: Wir wollen einen funktionsfähigen Staat erhalten, der die Daseinsvorsorge (Müllabfuhr, Versorgung mit Wasser und Energie, Öffentlicher Personen-Nachverkehr, Gesundheitswesen, Schulen etc.) gewährleistet und Investitionen in Zukunftsbereiche vornimmt. Hierzu gehören die Mobilitätswende mit hohen Ausgaben für die Üstra, die Sanierung der Schulen und der Klimaschutz bzw. die



Klimafolgenanpassung. Auch wollen wir die Regionsverwaltung weiter digitalisieren, um die Dienstleistungen bürgerorientierter und schneller anbieten zu können

Hier einige Beispiele für unsere Zukunftsinvestitionen:

Krankenhäuser: Das Klinikum Region Hannover bleibt ein kommunales Unternehmen, welches wir unter großen Kraftanstrengungen mit der Medizinstrategie und kommunalen Zuschüssen zukunftsfähig machen. Der Standort Siloah wird ausgebaut, in Großburgwedel entsteht eine neue Klinik. Der Standorte in Lehrte wird ersetzt durch ein Regionales Gesundheitszentrum und auf dem Gelände des Klinikums in Hannovers Nordstadt entsteht eine „TechFactory“ als Technologie-Campus nahe der Universität – mit Gründerzentrum, Forschungseinrichtungen, studentischem Wohnen und sozialen Einrichtungen.

Schulbau: Die Region wird in den nächsten Jahren einen Großteil ihrer Berufs- und Förderschulen umfassend sanieren. Besonders sieht neben modernen Lernräumen die energetische Sanierung im Vordergrund. Die Region hat ein neues Dezernat

Bericht aus der Region

„Schule, Bau und Kultur“ sowie eine Schulbau-GmbH gegründet, wird aber z. B. auch bisher anders genutzte Gebäude anmieten und umbauen lassen. So soll der genannte Investitionsstau abgebaut werden.

Klimaschutz: Die Region setzt ihr Klimaschutzprogramm weiter um, unterstützt Energieeffizienzmaßnahmen – z. B. durch Förderprogramme für Gebäudesanierungen (auch im Bereich Sportanlagen), das Raumordnungsprogramm wurde in den letzten Monaten überarbeitet, um mehr und schneller Windkraftanlagen bauen zu können. Auch **Klimaanpassung** wird gefördert, beispielsweise durch das Dach- und Fassadenbegrünungsprogramm.

Der zunehmenden Skepsis eines Teils der Bevölkerung gegen Klimaschutz tritt eine neue Studie im Auftrag der Region entgegen, die am 25.11.25 im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz vorgestellt wurde. Titel: „Vom Klimaplan 2035 zum Standortvorteil: Regionalökonomische Effekte der Energiewende in der Region Hannover“. Dort wird von einem Plus von rund 4.500 Arbeitsplätzen in der Spitze ausgegangen, zusätzliche lokale Steuereinnahmen der Kommunen in der Region von bis zu 47 Mio. Euro pro Jahr, einer massiven Erhöhung der Lebensqualität und einer Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Region Hannover. Dadurch könne sich die regionale Bruttowertschöpfung um 1,6% erhöhen. – Das hört sich wenig an, aber das gesamte Baugewerbe hat 4,8% Bruttowertschöpfung – also könnte die Energiewende 1/3 dessen, was das Baugewerbe

jährlich leistet, zusätzlich bringen).

Verkehrswende: Die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs ist Teil des Klimaschutzes. Hier hatte ich in der Vergangenheit bereits über die Planung von neuen Stadtbahnlinien oder die Ausweitung des Sprintis, des Rufbus-Verkehrs in Umlandkommunen, berichtet. Die avisierte Einführung autonom fahrender Busse wird die Betriebskosten erheblich senken und wirksam werden gegen den erheblichen Fachkräftemangel.

Nun können Investitionen in Zeiten großer Haushaltslöcher kritisch gesehen werden. Letztlich führen aber energetisch sanierte Schulen oder autonom fahrende Busse zu erheblichen Kostenersparnissen und sind somit nicht nur aus Gründen von Klimaschutz und Fachkräftemangel sinnvoll.

In der Sitzung der Regionsversammlung am 11.11.2025 wurden übrigens drei neue Dezernent*innen gewählt. Torben Klant wird auf Vorschlag der SPD das Dezernat für öffentliche Sicherheit, Zuwanderung, Gesundheit und Verbraucherschutz ab Mai 2026 führen. Anne Spiegel, vorgeschlagen von den Grünen, tritt ebenfalls im Mai für das Dezernat Soziales, Teilhabe, Familie und Jugend ihren Dienst an. Bereits im Januar wird Isabella Gifhorn auf Vorschlag der CDU neue Dezernentin für Bauen, Schule und Kultur.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung – *Thilo Scholz, Mitglied der Regionsversammlung*

Thilo Scholz, Mitglied der Regionsversammlung - Sprecher der SPD-Regionsfraktion für Schule, Kultur und Sport sowie Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
Kontakt: Mobil 0151 64 60 55 43 und E-Mail thiloscholz@yahoo.de

Neues aus dem Bezirksrat

>>> Anwohnerparken <<<

Liebe Genossen und Genossinnen,
wir, eure Bezirksrats-Fraktion, haben ein besonderes Anliegen an alle Mitglieder unseres Ortsvereins. Wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt, gibt es in Hannover bereits einige Quartiere, in denen nur noch das Anwohnerparken möglich ist. Hierbei handelt es sich um Bereiche der Calenberger Neustadt und einen Teilbereich in der Südstadt Nähe Maschsee. Auch für die List will die Verwaltung Anwohnerparken einführen – aber wollen wir das? Wie steht ihr dazu? Was sind eure Gedanken?

Wir haben hier schon einmal ein paar Argumente für euch zusammengestellt:

PRO Susanne Stucke

Anwohnerparken bedeutet: einen Parkplatz in meinem Quartier, für den aber eine Gebühr zu bezahlen ist. 30,70 € pro Jahr (!) sind doch geschenkt!



Fremdparken, wie z.B. die Besucher vom Clemi oder die Mitarbeiter der VHV nehmen den Bewohnern dann keine Parkplätze mehr weg. Endlich finden die Bewohner, wenn sie nach Hause kommen einen Parkplatz und müssen nicht mehr herumkurven, was auch den Verkehr reduziert. In anderen Städten funktioniert das auch, warum nicht bei uns? Und für unsere Gäste gibt es eine bestimmte Anzahl von Parkplätzen mit Parkschein, dort können sie dann parken.

CONTRA Thomas Bechinie

Anwohnerparken macht nur dort Sinn, wo es viele Fremdparker gibt. In unseren dicht bebauten Straßenschluchten nehmen sich die Anwohner gegen-



seitig die knappen Parkplätze weg. Durch das Anwohnerparken wird kein zusätzlicher Parkplatz geschaffen – im Gegenteil: Eine bestimmte Anzahl fällt auch noch weg, damit Gäste mit Parkschein parken können. Derzeit ist das Anwohnerparken günstig, aber wie lange noch? Gerade möchte die Stadt das Innenstadtparken um 80% verteuern! Wir liefern quasi unsere Anwohner dem Kämmerer aus. Und wie kommen die Krankenschwestern morgens um 5:00 Uhr zum Clemi?

Liebe Genossen und Genossinnen,
es gibt gute Gründe für und gegen das Anwohnerparken!

Bitte schreibt uns eure Meinung dazu per Mail (thomas.bechinie@t-online.de) oder über den nebenstehenden QR-Code, denn eure Meinung ist uns sehr wichtig, so bekommen wir einen guten Querschnitt, wie die Mitglieder des OV zu diesem Thema stehen.



Susanne Stucke & Thomas Bechinie

Treue zur Idee der Solidarität

>>> Die SPD Vahrenwald-List ehrt Jubilare für über 1000 Jahre Mitgliedschaft <<<



Am 15. November ehrte die SPD Vahrenwald-List im Café Lottes in Vahrenwald viele langjährige Mitglieder. In feierlicher Atmosphäre kamen Genossinnen und Genossen zusammen, um Menschen zu würdigen, die sich seit vielen Jahrzehnten für die Werte der Sozialdemokratie engagieren.

Nach einer politischen Einordnung durch unseren Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetović begann die Ehrung der Jubilare, verbunden mit Rückblicken auf die Jahre ihres Parteieintritts und die großen politischen Linien dieser Zeit. Musikalisch begleitet wurde der Nachmittag dabei durch unsere Genossin Helen Yogo und dem Ortsvereinschor „Rotkehlen“. Außerdem verlieh ein Video-Grußwort der SPD-Parteivorsitzenden Bärbel Bas der Veranstaltung einen besonderen Rahmen.

Den Auftakt bildete die Ehrung für zehn Jahre Parteimitgliedschaft. Gewürdigt wurden Renate Reimann, Lysander Weise, Dr. Michael E. Reichel, Bruno Tomassicchio, Anja Rößger, Luis Pagel, Christina Bertz, Oliver Grimm, Abdullah Barutcu, Hülya Haeseler, Kai Sundermeyer und Meral Reichel-Tuygun.

Es folgte die Ehrung für 25 Jahre Mitgliedschaft – hierfür wurden Peggy Keller, Erich Rickmann und Dr. Frank Herbert geehrt, die auf ein Vierteljahrhundert sozialdemokratisches Engagement an unterschiedlichen Stellen zurückblicken.

Für 40 Jahre Parteizugehörigkeit wurden ausgezeichnet: Gudrun Eckbrett, Marianne Kühnel, Andrea Reeps, Helmut Renner, Albine Sauer, Wilfried Wesemann, Gabriele Beyer, Burkhard Blickwede, Karsten

Jessolat, Thomas Müller, Rainer Smolarek, Peter Wehrmann und Ute Wormland. Sie alle stehen für jahrzehntelange Arbeit in Politik, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Ehrenamt.

Für 50 Jahre Mitgliedschaft ehrte der Ortsverein Brigitte Jacobs, Bärbel Michalke, Hermann Elgeti und Dr.-Ing. Reinhard Martinsen, die über ein halbes Jahrhundert hinweg für sozialdemokratische Werte eingestanden sind.

All diejenigen, die leider aus unterschiedlichen Gründen nicht teilnehmen konnten, erhalten ihre Urkunde und Nadel im Nachgang.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung rückte die Ehrung von Eva Bender in den

Mittelpunkt. Für 25 Jahre Parteimitgliedschaft wurde hier eine Sozialdemokratin gewürdigt, die für eine moderne, offene und zugewandte SPD steht. Als Kulturdezernentin der Landeshauptstadt Hannover und Kandidatin der SPD für das Amt der Regionspräsidentin verbindet sie langjährige politische Erfahrung mit einem klaren Kompass für Mitbestimmung, Gleichstellung und demokratische Teilhabe. Ihr politischer Weg, der früh mit ihrem Engagement in der Juso-Arbeit begann, ist geprägt vom Einsatz für Solidarität und Chancengerechtigkeit.

Den Höhepunkt bildete die Würdigung von Herbert Schmalstieg für 65 Jahre Mitgliedschaft in der SPD. Der langjährige Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover hat die Stadt über Jahrzehnte



Treue zur Idee der Solidarität

>>> Die SPD Vahrenwald-List ehrt Jubilare für über 1000 Jahre Mitgliedschaft <<<

hinweg geprägt wie kaum ein Zweiter. In der Laudatio durch Matthias Miersch, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, wurde sein Lebenswerk als kommunalpolitischer Gestalter gewürdigt. Unter Schmalstiegs Führung entwickelte sich Hannover zu einer modernen, nachhaltigen und sozial ausgerichteten Großstadt. Der Ausbau des Stadtbahn- und U-Bahnnetzes, die Förderung des Radverkehrs, der Schutz und die Entwicklung von Grünflächen, der soziale Wohnungsbau sowie die Stärkung von Bildung und Kultur tragen bis heute seine Handschrift. Mit der Expo 2000 gab er Hannover internationale Sichtbarkeit. Ebenso prägend war sein jahrzehntelanges Engagement innerhalb der SPD auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.

Mit einem musikalischen Ausklang durch die „Rotkehlen“ endete eine Veranstaltung, die vor allem eines deutlich machte: Die Stärke der Sozialdemokratie liegt in den Menschen, die über viele Jahre hinweg Verantwortung übernehmen – im Ortsverein, in der Stadt und an vielen anderen Stellen. Gemeinsam können wir viel bewegen.

Ein besonderer Dank für die umfangreiche Vorbereitung der Veranstaltung gilt dem Festkomitee der diesjährigen Jubilarehrung, bestehend aus Susanne Stucke, Kevven Knipping und Christel Pfeiffer sowie May-Britt Struß und Sabine Schütte.

Der „Debattierclub“

>>> Politisches Diskussionsforum des Ortsvereins <<<

Seit rund einem Jahr hat unser Ortsverein neben den Offenen Vorstandssitzungen und dem Stammtisch ein weiteres Diskussionsforum, den sogenannten Debattierclub. Er geht zurück auf das Anliegen etlicher aktiver Mitglieder, mehr Raum für Diskussionen zu haben in einem Format, dass weniger Aufwand erfordert als eine Mitgliederversammlung und zugleich mehr Raum für den Austausch bietet. Der Titel, der bei manchen eher den Eindruck eines einfachen Meinungsaustausches erwecken mag, darf nicht täuschen: dadurch, dass jeweils ein Mitglied unseres Ortsvereins ein Thema vorbereitet und einen ca. 20-minütigen Input liefert, sind die Debatten jeweils daten- und faktenbasiert. Das Themenspektrum wird bestimmt sowohl durch aktuelle Anlässe,

wie Zeitenwende (17.09.25), über Dauerbrenner wie Klima und Umwelt (18.06.25) und Pflege (20.08.25) bis zu Grundsatzfragen einer sozialdemokratisch orientierten Politik wie (soziale) Ungleichheit (15.10.25) und Kommunalfinanzen (19.11.25). Welche Themen wir jeweils besprechen hängt davon ab, was von den Teilnehmenden vorgeschlagen wird und ob sich jemand für die Vorbereitung findet. Für das nächste Jahr sind auf jeden Fall schon angedacht: der europäische Pflegemarkt, Angriff auf den 8-Stunden-Tag, welche Themen sind für SPD-Wähler:innen wichtig? die große wirtschaftliche Transformation. Außerdem wird unsere Bezirksratsfraktion Ideen für das Programm der nächsten Wahlperiode zur Diskussion stellen.

Der Debattierclub findet jeweils am 3. Mittwoch im Monat von 19:00 bis 21:00 Uhr im Freizeitheim Vahrenwald statt – außer im Dezember und während der Sommerferien. Informationen zum Thema

und Raum werden rund eine Woche vorher per E-Mail versandt, sind aber auch abrufbar im Terminkalender auf der Homepage des Ortsvereins. Kommt einfach mal vorbei und diskutiert mit.

Neuer Vorstand gewählt!



Auf der Jahreshauptversammlung am 4. Dezember wurde ein neuer, 13-köpfiger Vorstand gewählt. René Reith-Schäfer und Ute Neumann bilden erneut die Doppelspitze unseres Ortsvereins. Ihre Stellvertreter:innen sind Keven Knipping und Alexandra Dzaack. Finanzverantwortlicher ist erneut Alwin Förster. Die Schriftführung hat Viktoria Woronin übernommen. Als Beisitzer:innen wurden Christel Pfeiffer, Hans-Jürgen Meißner, May-Britt Struß, Niklas Brähler-Dieling, Sabine Schütte,

Jan Dworog und Claudia Carl gewählt. Mit dem verkleinerten Vorstand sind wir gut gewappnet für die intensiven Wahlkampfzeiten, die in den kommenden zwei Jahren anstehen.

Verabschiedet haben wir uns von Matthias Kappey, Mia Zuber, Niklas Hermann, Theresa Abend, Sergej Kittke, Jasmin Schönberger und Monique Förster. Vielen Dank für euer Engagement in den letzten Jahren!

Kontakt

Ute Neumann

Vorsitzende der SPD Vahrenwald-List

mobil: 0177 5570308

E-Mail: uteneumann82@gmx.de

René Reith-Schäfer

Vorsitzender der SPD Vahrenwald-List

mobil: 0170 9797979

E-Mail: rene-reith-schaefer@gmx.de

Facebook: [@SPD Vahrenwald-List](#)

Instagram: [spd.vahrenwaldlist](#)

TikTok: [spdvali](#)

Homepage: <http://spd-vahrenwald-list.de>

Regelmäßige Termine

Jeden 1. und 3. Montag im Monat treffen sich die Rotkehlen, unser Chor

Jeden 1. Dienstag im Monat treffen sich die Jusos, unsere Jugend

Jeden 1. Mittwoch findet der Stammtisch in der Fiedel für alle statt

Jeden 1. Mittwoch im Monat trifft sich die AG 60+ um 18 Uhr im FZH Vahrenwald (Raum 12)

Jeden 2. Donnerstag im Monat ist „Offene Vorstandssitzung“

Jeden 3. Mittwoch im Monat ist Debattierclub

Auf ins Jahr 2026

Die Turbulenzen aus 2025 werden im kommenden Jahr weitergehen. Sowohl auf Bundesebene als auch kommunalpolitisch wird es spannend werden im Jahr 2026. Wir werden Eva Bender als Kandidatin für die Regionspräsidentschaft offiziell aufstellen. Wir werden unsere Kandidaten und Kandidatinnen für die Regionsversammlung, den Stadtrat und den Bezirksrat aufstellen. Schließlich werden wir einen strategischen und gut durchdachten Wahlkampf führen, um die Kommunalwahlen 2026 für uns entscheiden zu können.

Bis dahin wünschen wir euch und euren Liebsten besinnliche Zeiten und einen hervorragenden Start ins neue Jahr!

Ute Neumann und René Reith-Schäfer

Impressum Roter Punkt

Herausgeber:

René Reith-Schäfer, Johannes-Lau-Hof 1, 30165 Hannover (V.i.S.d.P) für den

SPD Ortsverein Hannover Vahrenwald-List, info@spd-vahrenwald-list.de

Redaktion: Jan Dworog - Kontakt: info@spd-vahrenwald-list.de

Bilder: S. 5: Alexander Reupke, S. 7: Jan de Vries, S. 10.: Inga Haar Deutscher Bundestag, S. 12 + 15:

© Blickpunkt Photodesign, Bödeker, alle weiteren Bilder: SPD-Ortsverein Vahrenwald List

Satz: Knud Lagershausen - Druck: FLYERALARM GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg

Auflage: 175